

## **N I E D E R S C H R I F T**

### **über die 23. Sitzung des Rates**

vom:	<b>28.11.2001</b>
von:	<b>16:00 Uhr</b>
bis:	<b>19:15 Uhr</b>
Ort:	<b>Rathaus Geisweid, Großer Sitzungssaal</b>

#### **Anwesend waren:**

##### I. Vom Rat:

1. Stellv. BM Dreisbach, Jürgen - als Vorsitzender

Stv Al-Omary, Falk

Stv Bertelmann, Hans-Günter

Stv Boller, Joachim

Stv Daus, Anny

Stv Dittert, Katrin

Stv Eberlein, Klaus-Peter

Stv Elter, Uwe

Stv Flohren, Angelika

Stv Fries, Traute

Stv Gaden, Helga

Stv Gelber, Gunther

Stv Gerlach, Heinrich

Stv Gierlich, Michael

Stv Glaamann, Herta

Stv Groß, Michael

Stv Heupel, Rüdiger

Stv Dr. Holzäpfel, Heinz

Stv Höpfner-Diezemann, Ute

Stv Jacob, Martin

Stv Katz, Reinhilde

Stv Kirchhöfer, Karl Wilhelm

Stv Kleine, Sancho-Antonio

2. Stellv. BM Köhl, Siegfried

Stv Krombach, Ulrich

Stv Lauble, Wilhelm

Stv Moll, Ilona

Stv Mues, Gunter  
Stv Mues, Steffen  
Stv Müller, Manfred - ab 16.25 Uhr  
Stv Nauck, Gerda  
Stv Neubauer, Hans Peter  
Stv Otto, Günter  
Stv Panthöfer, Ulrich  
Stv Reitz, Manfred  
Stv Rothenpieler, Wilhelm  
Stv Rujanski, Detlef  
Stv Schiemer, Hansgeorg  
Stv Schleifenbaum, Dorothea  
Stv Schmidt, André  
Stv Schneider, Manfred  
Stv Schulte, Werner  
Stv Schulze, Werner  
Stv Schwarz-Schumann, Helga  
Stv Siebel, Helmut  
Stv Sintzen, Gerlinde  
Stv Sonntag, Hartmut  
Stv Stahl, Markus - ab 16.58 Uhr (TOP 17)  
Stv Steuber, Burkhard  
Stv Dr. Stötzel, Wolfgang  
Stv Strunk, Christine  
Stv Tielsch, Ingrid Karin  
Stv Walter, Klaus-Volker  
Stv Wolf, Marianne  
Stv Wunderlich, Horst  
Stv Zips, Joachim

## II. Als Zuhörer im nichtöffentlichen Teil:

s. B. Kiel, Horst-Willi

## III. Von der Verwaltung:

StK Baumeister  
StBR Brune  
Städt. VD Kühn  
VA Schneider  
Städt. VR Dorsch  
VA Röcher  
VA Bablich  
Dipl.-Ing. Stutte  
StAR Münker - als Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

Stv Müller, Heinz  
Stv Morgenschweis, Thomas  
BM Stötzel, Ulf

### **Zur Tagesordnung:**

Unter Punkt 3 des öffentlichen Teils werden die vorgelegten Anfragen beantwortet.

Im nichtöffentlichen Teil wird Punkt 6 - Beförderungen - von der Tagesordnung abgesetzt.

**23. Rat 28.11.2001**

## **A.    ÖFFENTLICHE SITZUNG**

### **1.    Bestimmung eines Ratsmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (UWG)**

Zur Mitunterzeichnung wird Frau Tielsch bestimmt.

**23. Rat 28.11.2001**

### **2.    Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 24.10.2001**

Die Niederschrift wird bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

**23. Rat 28.11.2001**

### **3.    Fragestunde**

#### **3.1.   Feuer- und Rettungswache Siegen**

Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 23.11.2001

Die Antwort von Herrn Baumeister ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

**23. Rat 28.11.2001**

**3.2. Errichtung einer Funkstation auf dem Feuerwehrgerätehaus Meiswinkel**

Anfrage der CDU-Fraktion vom 22.11.2001

Die Antwort von Herrn Kühn ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

**23. Rat 28.11.2001**

**3.3. Apollo-Theater Siegen**

Anfrage der UWG-Fraktion vom 23.11.2001

Die Antwort von Herrn Baumeister ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

**23. Rat 28.11.2001**

**4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung**

Es liegen keine Anträge vor.

**23. Rat 28.11.2001**

**5. Parkraumbewirtschaftung in Siegen**

Vorlagennr. 1393/2001 und 1393/01 A - Vorlagen vom 29.08. und 26.10.2001

Für die SPD-Fraktion beantragt Herr Kirchhöfer getrennte Abstimmung über Ziffer 1 und 2-4. Die Beibehaltung des Status Quo ist auf Grund der erheblichen stadtentwicklungspolitischen Veränderungen nicht nachvollziehbar. Speziell betrifft dies den Bereich um die City-Galerie, für den die Regelungen für den Bereich Weidenau noch unterschritten werden sollen.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist die Begründung für die von der Verwaltung vorgeschlagenen Änderungen schlüssig, so Herr Boller.

Die CDU-Fraktion vertritt die Auffassung, erläutert Herr Schiemer, dass bei der Reaktion auf stadtentwicklungspolitische Entwicklungen nicht im Vorgriff auch Bereiche erfasst werden können, wo noch keine Veränderung stattgefunden hat. Andere Fragen ergeben sich im Detail bei verschiedenen Einstufungen. Es besteht durchaus die Möglichkeit, diese Punkte in den nächsten Monaten aufzuarbeiten.

Die UWG-Fraktion begrüßt die vorgeschlagene Veränderung für den Altstadtbereich. Nicht verständlich ist, dass bei Beibehaltung des Status Quo für die übrigen Bereiche die Wettbewerbsvor- oder Nachteile nicht in der Praxis nachvollzogen werden sollen. Er befürchtet, so Herr Bertelmann, dass die Regelungen auf Jahre hin bestehen bleiben.

Herr Walter sieht einerseits eine straßenscharfe Abgrenzung der Bezirke zwar als problematisch an, hält andererseits eine Diskussion über Detailfragen für wünschenswert. Er beantragt Rückverweisung an den Fachausschuss

Herr Bertelmann beantragt abschließend Zurückverweisung an den Fachausschuss, Klärung der strittigen Diskussionspunkte und erneute Vorlage Anfang 2002. Er geht davon aus, dass die Bescheide für den Bereich Altstadt bis zur entgültigen Beschlussfassung zurückgehalten werden.

**Beschluss (in Abänderung des Verwaltungsvorschlages):**

Die Vorlagen werden zur erneuten Beratung an den Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften zurückverwiesen.

**Beratungsergebnis: 28 Stimmen dafür, 26 dagegen, 1 Enthaltung**

**23. Rat 28.11.2001**

**6. Satzung der Stadt Siegen über die Errichtung und Unterhaltung von Übergangswohnheimen**

Vorlagenr. 1500/2001 - Vorlage vom 21.09.2001

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN moniert, dass die Zustände der Einrichtungen eher eine Minderung, als eine Erhöhung der Gebühren rechtfertigen würden, legt Herr Krombach dar. Diesbezüglich besteht Diskussions- und Handlungsbedarf im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2002. Seine Fraktion wird dem Verwaltungsvorschlag nicht zustimmen.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Änderung der Satzung über die Errichtung und Unterhaltung von Übergangswohnheimen gemäß Anlage 1 zur Vorlage.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (Gegenstimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), 0 Enthaltungen**

**23. Rat 28.11.2001**

**7. 1. Änderung der Satzung der Stadt Siegen über die Erhebung von Vergnügungssteuer vom 12. Juli 1988**

Vorlagennr. 1507/2001 - Vorlage vom 02.10.2001

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt aufgrund der Währungsumstellung von DM auf Euro die 1. Änderung der Satzung der Stadt Siegen über die Erhebung von Vergnügungssteuer vom 12. Juli 1988.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**23. Rat 28.11.2001**

**8. Neufassung der Satzung der Stadt Siegen über Stundung, Niederschlagung und Erlass von Ansprüchen vom 18. September 1975**

Vorlagennr. 1508/2001 - Vorlage vom 11.09.2001

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die „Satzung der Stadt Siegen über Stundung, Niederschlagung und Erlass von Ansprüchen“ in der der Vorlage als Anlage beige-fügten Fassung.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**23. Rat 28.11.2001**

**9. Zuständigkeitsabgrenzung für über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen;  
hier: Umstellung auf EURO**

Vorlagennr. 1509/2001 - Vorlage vom 29.10.2001

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

1. **Unerhebliche** über- und außerplanmäßige Ausgaben, über deren Leistung der Stadtkämmerer nach § 82 Absatz 1 GO NW entscheiden kann, sind **unabweisbare** Ausgaben,

- a) die auf gesetzlicher oder bei Verabschiedung des Haushaltsplanes bestehender zweifelsfreier vertraglicher Verpflichtungen beruhen,
  - b) die zur Verwendung zweckbestimmter Einnahmen erforderlich sind,
  - c) die sich auf innere Verrechnungen beziehen,
  - d) in sonstigen Fällen bis **25.000 Euro** je Haushaltsstelle.
2. **Geringfügige** über- und außerplanmäßige Ausgaben, die nach § 82 Absatz 1 GO NW dem Rat der Stadt Siegen nicht zur Kenntnis zu bringen sind, sind unabweisbare Ausgaben bis zu einer Höhe von **500 Euro** je Haushaltsstelle.
3. Die Ziffern 1 und 2 gelten sinngemäß für die Inanspruchnahme über- und außerplanmäßiger Verpflichtungsermächtigungen nach § 84 Absatz 1 GO NW.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**23. Rat 28.11.2001**

**10. Ausführung des Haushaltsplanes 2001;  
hier: Bericht über den Haushaltsvollzug per 30. September 2001**

Vorlagenr. 1510/2001 - Vorlage vom 23.10.2001

Herr Baumeister informiert, dass in Analogie zur bisherigen Berichterstattung im Laufe des Jahres erhebliche Probleme im Verwaltungshaushalt im Allgemeinen und bei der Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen im Besonderen bestehen. Dieser Trend ist in sehr vielen Städten festzustellen. Konkret werden die Einnahmen in diesem Abschnitt gegenüber den Erwartungen von 78 Mio. DM im Jahresabschluss bei voraussichtlich 60 Mio. DM liegen.

Verbesserungen konnten in der Ausgabe bei der Kreisumlage mit rd. 4 Mio. DM, bei der Gewerbesteuerumlage mit rd. 2,2 Mio. DM und bei den Gewinnabführungen mit rd. 2,2 Mio. DM erreicht werden.

In der Gegenüberstellung von Einnahmen und Ausgaben ist eine Fehlbetragsausweitung von 10 - 11 Mio. DM zu erwarten. Diese wird den Haushalt 2002 und die mittelfristige Finanzplanung erheblich belasten.

Die Einnahmeerwartungen in den nächsten Jahren sind vor dem Hintergrund des jüngsten Ergebnisses des Arbeitskreises Steuerschätzung sehr negativ einzuschätzen. Hauptleidende dieser Entwicklung sind die Städte und Gemeinden, die ohne grundlegende Veränderung ihrer finanziellen Möglichkeiten ihre Handlungsfähigkeit gänzlich verlieren werden. Es ist daher erforderlich, umgehend eine Finanzreform auf Bundesebene anzustoßen.

- u Der Rat der Stadt Siegen nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**23. Rat 28.11.2001**

**11. Kenntnisnahme der über- und außerplanmäßigen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen des III. Quartals 2001**

Vorlagenr. 1518/2001 - Vorlage vom 24.10.2001

- u Der Rat der Stadt Siegen nimmt von den über- und außerplanmäßigen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen des III. Quartals 2001 Kenntnis, und zwar

im Verwaltungshaushalt (Anlage 1 zur Vorlage) 270.080,37 DM

im Vermögenshaushalt (Anlage 2 zur Vorlage) 104.862,00 DM

- Verpflichtungsermächtigungen (Anlage 3 zur Vorlage) - 50.000,00 DM

**23. Rat 28.11.2001**

**12. Neufassung der Verwaltungsgebührensatzung mit Gebührentarif der Stadt Siegen**

Vorlagenr. 1511/2001 - Vorlage vom 26.10.2001

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Neufassung der der Vorlage als Anlage beigefügten „Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Siegen“ unter Einschluss des Gebührentarifs.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**23. Rat 28.11.2001**

**13. Ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in der Stadt Siegen vom 19.05.1999;  
hier: 1. Änderungsverordnung (Umstellung auf EURO)**

Vorlagenr. 1512/2001 - Vorlage vom 24.10.2001



**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die der Vorlage als Anlage beigefügte 1. Änderungsverordnung der ordnungsbehördlichen Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in der Stadt Siegen vom 19.05.1999.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 4 Enthaltungen**

**23. Rat 28.11.2001**

**14. Ordnungsbehördliche Verordnung über die Gegenstände des Wochenmarktverkehrs in der Stadt Siegen;  
hier: Neufassung**

Vorlagenr. 1513/2001 - Vorlage vom 24.10.2001

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird dieser und den folgenden Vorlagen zum Wochenmarkt nicht zustimmen, erklärt Herr Groß, da sie ein Konzept für die künftige Gestaltung des Marktes für erforderlich hält. Die aktuelle negative Entwicklung der Besucher- und Verkäuferzahlen belegt den Handlungsbedarf. Die Verwaltung sollte mit der Erstellung eines entsprechenden Konzeptes beauftragt werden, worin auch unter Berücksichtigung der Standortfrage Möglichkeiten zur Attraktivierung des Angebotes aufgezeigt werden sollen.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die der Vorlage als Anlage beigefügte ordnungsbehördliche Verordnung über die Gegenstände des Wochenmarktverkehrs in der Stadt Siegen.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (Gegenstimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 0 Enthaltungen**

**23. Rat 28.11.2001**

**15. Ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf den Wochenmärkten in der Stadt Siegen (Marktverordnung);  
hier: Neufassung**

Vorlagenr. 1514/2001 - Vorlage vom 24.10.2001

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die der Vorlage als Anlage beigefügte ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf den Wochenmärkten in der Stadt Siegen (Marktverordnung).

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (Gegenstimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 0 Enthaltungen**

23. Rat 28.11.2001

**16. Satzung über die Teilnahmebestimmungen und Erhebung von Marktstandsgebühren für die Wochenmärkte der Stadt Siegen; hier: 2. Änderungssatzung (Umstellung auf EURO)**

Vorlagenr. 1515/2001 - Vorlage vom 24.10.2001

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die der Vorlage als Anlage beigefügte 2. Änderungssatzung der Satzung über die Teilnahmebestimmungen und Erhebung von Marktstandsgebühren für die Wochenmärkte der Stadt Siegen vom 14.12.1981.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (Gegenstimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 0 Enthaltungen**

23. Rat 28.11.2001

**17. 1. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Siegen über die Erhebung von Kostenersatz und Gebühren für den Einsatz der Feuerwehr der Stadt Siegen vom 10.11.1998**

Vorlagenr. 1519/2001 - Vorlage vom 25.10.2001

Herr Neubauer wirft verschiedene Fragen zu den in Anlage 1 dargestellten Positionen "Hauptamtlicher Feuerwehrmann pro Stunde" und deren Umrechnung in Euro auf.

Da eine Aufklärung in der Sitzung nicht herbeigeführt werden kann, werden die Fragen schriftlich beantwortet.

**Beschluss (mit Änderung):**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die der Vorlage als Anlage II beigefügte 1. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Siegen über die Erhebung von Kostenersatz und Gebühren für den Einsatz der Feuerwehr der Stadt Siegen vom 10.11.1998 unter Berücksichtigung folgender Änderung:

§ 5 Abs. 1 Ziffer 12 "Brandsicherheitswachen" erhält folgende Fassung:

Bei Veranstaltungen in Hallen der Stadt Siegen oder sonstigen Veranstaltungen, bei denen nach § 7 FSHG Brandsicherheitswachen gestellt werden müssen:

Je nach Veranstaltung pro angefangene **halbe Stunde** und je Feuerwehrmann (SB) 10,00 €.  
Zu den tatsächlichen Einsatzzeiten wird je Feuerwehrmann insgesamt 1 Stunde Vor- und Nachbereitungszeit hinzugerechnet.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 4 Enthaltungen**

**23. Rat 28.11.2001**

**18. Neufassung der Gebührensatzung für den öffentlichen Krankentransport und Rettungsdienst der Stadt Siegen vom 03. Januar 1990; Gebührenanpassung und Euro-Umstellung**

Vorlagenr. 1527/2001 - Vorlage vom 05.11.2001

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die der Vorlage als Anlage 1 beigefügte Neufassung der Gebührensatzung für den öffentlichen Krankentransport und Rettungsdienst der Stadt Siegen mit Wirkung vom 1. Januar 2002.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**23. Rat 28.11.2001**

**19. Währungsumstellung von DM auf Euro mit Wirkung ab 01.01.2002 für die Parkraumbewirtschaftung im Bereich der Siegerlandhalle**

Vorlagenr. 1458/2001 - Vorlage vom 20.09.2001

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Währungsumstellung mit Wirkung ab 01.01.2002 für die Parkraumbewirtschaftung im Bereich der Siegerlandhalle sowie die Bewirtschaftung der Parkpalette wie in der Vorlage im Detail aufgeführt.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**23. Rat 28.11.2001**

**20.      Bebauungsplan Nr. 250 "Im Boden" im Stadtteil Oberschelden;  
         hier:  
         Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung  
         (VE)**

Vorlagennr. 1522/2001 - Vorlage vom 30.10.2001

Es wurde seitens der SPD-Fraktion bereits darauf hingewiesen, so Herr Kirchhöfer, dass ein Vollzug der Maßnahme abweichend von der Prioritätenliste sachlich nicht nachvollziehbar ist. Auch die Wirtschaftlichkeit einer externen Beauftragung ist in Frage zu stellen.

Herr Boller hält fest, dass der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine vorrangige Umsetzung des Projektes ablehnt, da der Wohnungsmarkt dazu keine Veranlassung gibt und auch kein Grund erkennbar ist, die Prioritäten zu verschieben. Die Mittel können eingespart werden.

Herr Schulte merkt an, dass eine außerplanmäßige Mittelbereitstellung für den Planungsauftrag erforderlich ist, da der Beschluss des Bauausschusses nicht zeitnah umgesetzt wurde. Der Stadtteil Oberschelden wartet seit Jahren auf eine Entwicklungsmöglichkeit, daher sollte diese Planung endlich realisiert werden.

Die Möglichkeit zur Schaffung neuer Wohnbauflächen ist grundsätzlich zu begrüßen, so Herr Jakob, die SPD-Fraktion hat jedoch für einen anderen Bereich in Oberschelden votiert. Er fragt, wie viele Bauplätze im ursprünglichen Bebauungsplan enthalten waren und wie viele jetzt realisiert werden sollen. Darüber hinaus bittet er um Auskunft über weitere Baumöglichkeiten und Beantwortung seiner Fragen zu Protokoll.

Herr Schneider sieht keinen akuten Handlungsbedarf in dieser Angelegenheit, findet jedoch die wiederholte Forderung der SPD-Fraktion nach einer Organisationsuntersuchung für die Fachbereiche 7 und 8 durch die Aussagen von Herrn Schulte bestätigt.

Herr Bertelmann betrachtet den Beschlussvorschlag lediglich als haushaltstechnische Legitimation für die Beauftragung. Ungeachtet dessen stand und steht immer wieder die Leistungsfähigkeit der Bauverwaltung in Diskussion. Da der Rat dieses Thema noch nicht abschließend beurteilt und bewertet hat, kündigt er einen entsprechenden Antrag an.

Herr Brune merkt an, dass die Diskussion über die Reihenfolge der Beplanung von Baugebieten in Oberschelden abgeschlossen ist. In diesem Fall sind die Vorbereitungen für eine entsprechende Bauleitplanung nicht ohne weiteres umzusetzen, da beispielsweise alleine vier Fachplanungen zu koordinieren sind.

Herr Boller sieht in diesem Fall ein Beispiel für ein unwirtschaftliches Arbeiten, da in der Verwaltung ein erheblicher Koordinierungsaufwand entsteht und seines Erachtens eine eigene Planung günstiger umgesetzt werden könnte.

### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

1. Für die Vergabe von Planungsleistungen zur Erstellung des Bebauungsplanes Nr. 250 "Im Boden" (Bebauungsplan, Grünordnungsplan, Erschließungsplanung) wird gem. § 82 Abs. 1 i. V. m. § 84 Abs. 1 GO NW eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung (VE) in Höhe von 100.000,00 DM bereitgestellt (HSt. 1.637.9573.6).
2. Die Deckung erfolgt durch Nichtinanspruchnahme von VE bei HSt. 1.637.9557.4 - 76 - Erschließung Wiedthal, Eiserfeld,. Baukosten - in entsprechender Höhe.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (Gegenstimmen SPD, Grüne),  
1 Enthaltung**

**23. Rat 28.11.2001**

- 21. I. Bebauungsplan Nr. 248 "Steimel"**  
**II. Örtliche Bauvorschriften für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 248 "Steimel";**  
**hier:**
- Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
  - Prüfung der während der Auslegung eingegangenen Anregungen
  - Beschluss des Bebauungsplanes als Satzung
  - Beschluss der örtlichen Bauvorschriften als Satzung gem. § 86 BauO NW

Vorlagenr. 1456/2001 - Vorlage vom 25.09.2001

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sieht keinen Bedarfsnachweis für die Realisierung des Baugebietes und vermisst eine seriöse Zielgruppenanalyse, so Frau Strunk. Bezug nehmend auf den Eingriff in Natur und Landschaft merkt sie an, dass im Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie mündliche Erläuterungen durch den Fachplaner gegeben wurden, die jedoch nicht in der Vorlage dargestellt wurden. Sie bittet, dies nachzuholen.

Herr Schneider zeigt sich erstaunt über die plötzliche Kritik der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, da übereinstimmend im Rahmen der Diskussion des Wohnbauflächenkonzeptes festgelegt wurde, Abwanderungstendenzen entgegenzuwirken. Insbesondere in den kleineren Stadtteilen besteht Bedarf, für die aus dem Ort stammende nachrückende Generation Wohnbauflächen zu schaffen.

Herr Brune merkt an, dass die Frage der Größenordnung des landschaftlichen Ausgleichs bei jedem Bebauungsplan erneut diskutiert wird. Ein 100 %iger Ersatz ist nur in Ausnahmefällen möglich und im Durchschnitt ein Minderausgleich von 15 bis 20 % festzustellen. In der Grundsatzkonzeption und unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten ist für das Neubaugebiet eine Ausweisung von Ein- bis Zweifamilienhäusern vorgesehen. Zielsetzung ist es, auch kleinere Neubaugebiete anzubieten, um die Bevölkerung vor Ort zu halten und für die örtlichen Strukturen eine Zukunftsperspektive zu schaffen. Diese Bereiche unterscheiden sich wesentlich von den großen Entwicklungsbereichen für stadtnahes Wohnen, wie z. B. am Giersberg und am Wellersberg.

Frau Strunk beurteilt die Notwendigkeit von Neubaugebieten im Gegensatz zu Herrn Brune völlig anders. Sie bittet, die Ausgleichsflächenberechnung dem Protokoll als Anlage beizufügen.

Herr Stutte erläutert sodann, die Eingangsbewertung der Grünflächen sowie die Berücksichtigung in den Ausgleichsflächen. Im Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie hat er am Beispiel der Verkehrsflächen die Eingriffsberechnung dargestellt.

Herr Groß möchte die Aussage von Herrn Brune im Protokoll festgehalten wissen, dass ein "Schwund" von 15 % bei den Ausgleichsflächen als normal angesehen wird. Darüber hinaus findet er die Aussage von Herrn Stutte sehr bemerkenswert, dass die Tabellen zur Eingriffsberechnung sehr kompliziert sind und daher der Vorlage nicht beigelegt wurden.

### **Beschluss (mit Änderung):**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

1. die während der öffentlichen Auslegung vorgebrachten Anregungen zum Bebauungsplanentwurf Nr. 248 „Steimel“ gemäß der als Anlage 1 zur Vorlage beigelegten Abwägung zu behandeln; die Anlage ist Bestandteil der Beschlussfassung;

2. es wird zur Kenntnis genommen, dass während der öffentlichen Auslegung von den Bürgerinnen und Bürgern und den Nachbargemeinden keine Anregungen vorgebracht wurden;
3. den Bebauungsplan Nr. 248 „Steimel“ gem. § 10 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung;
4. die Begründung zum Bebauungsplan Nr. 248 „Steimel“ laut Anlage 3 zur Vorlage;
5. die örtlichen Bauvorschriften für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 248 „Steimel“ laut Anlage 4 zur Vorlage gem. § 86 BauO NW als Satzung unter Berücksichtigung folgender Änderung:

§ 5 Abs. 2 der Gestaltungssatzung erhält folgende Fassung:

Als Grundstückseinfriedungen sind nur standortgerechte Hecken und Holzzäune bis zu einer Höhe von 1,50 m zulässig.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (Gegenstimmen Fraktion BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN), 5 Enthaltungen**

**23. Rat 28.11.2001**

- 22. Währungsumstellung von DM auf Euro;  
1. Änderungssatzung zur Baumschutzsatzung der Stadt Siegen vom  
16.06.1998**

Vorlagenr. 1463/2001 - Vorlage vom 05.10.2001

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt infolge der Währungsumstellung von DM auf Euro die 1. Änderungssatzung zur Satzung des Baumbestandes in der Stadt Siegen vom 16. Juni 1998 - Baumschutzsatzung -.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**23. Rat 28.11.2001**

**23. Satzung zur Erhebung von Kostenerstattungsbeiträgen für naturschutzrechtliche Ausgleichsmaßnahmen nach §§ 135 a - 135 c BauGB**

Vorlagennr. 1455/2001 - Vorlage vom 04.10.2001

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die der Vorlage als Anlage I beigefügte Satzung der Stadt Siegen zur Erhebung von Kostenerstattungsbeiträgen nach §§ 135 a - 135 c BauGB.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**23. Rat 28.11.2001**

**24. Satzung der Stadt Siegen über die Abfallbeseitigungsgebühren vom 30.12.1980 in der Fassung der 7. Änderungssatzung vom 22.11.2000; hier: 8. Änderungssatzung**

Vorlagennr. 1464/2001 - Vorlage vom 09.10.2001

Herr Bertelmann hält fest, dass der Anstieg der Abfallentsorgungsgebühren in den nächsten Jahren vor allem ein Problem der Kommunen sein wird, obwohl diese lediglich auf die Folgen des "Mülldikates" des Landes über die Kreise weitergeben müssen. Die Kostensteigerung ist insbesondere auf den vorgegebenen Mülltransport zur Müllverbrennungsanlage nach Iserlohn zurückzuführen. Obwohl ökologisch besser vertretbare Lösungen vorhanden sind, besteht das Land darauf, dass die Entsorgung innerhalb der Landesgrenzen stattfindet. Da für Rat und Verwaltung im Grunde keine andere Entscheidungsmöglichkeit besteht, wird die UWG-Fraktion dem Vorschlag unter Protest zustimmen müssen. Sie wird sich jedoch der Auffassung der UWG-Kreistagsfraktion anschließen, gegen die Gebührenbescheide rechtlich vorzugehen.

Herr Kirchhöfer verweist darauf, dass seinerzeit nach eingehender Diskussion eine einvernehmliche Regelung für Abfallbeseitigung auf Kreisebene getroffen wurde. Nun gilt es, diese Verträge zu erfüllen. Die Thematisierung einer Entsorgung im benachbarten Bundesland ist grundsätzlich nicht abzulehnen, aber auch bei dieser Entsorgungsform sind die Transportfolgen zu bedenken. Er legt Wert darauf, an dieser Stelle zu betonen, dass keine städtischen Kosten zu den Gebührenerhöhungen führen, sondern ausschließlich Kostenpositionen übergeordneter Stellen weitergegeben werden.

Die F.D.P.-Fraktion sieht das Problem in der seinerzeitigen Überdimensionierung der Müllverbrennungsanlagen und der verspäteten Reaktion des Kreises im Hinblick auf den dadurch erforderlichen Mülltourismus und die damit verbundenen Kosten, so Herr Walter. Er hält es für erforderlich, auf Kreisebene in 2003 nach überregionalen



Kooperationspartnern zu suchen. Die F.D.P.-Fraktion wird dem Gebührenerhöhungsvorschlag nicht zustimmen.

Die CDU-Fraktion wird aus sachlichen Gründen dem Vorschlag zustimmen, so Herr Schiemer. Er teilt die Einschätzung, dass die Kommunen mit einem Problem belastet werden, das anderenorts ausgelöst wurde. Es ist jedoch auch darauf hinzuweisen, dass die damals im Kreistag vertretenen Fraktionen nach intensiven Verhandlungen den Stufenplan mitgetragen hatten. Auch er unterstreicht die positive Bilanz des städtischen Anteils bei der Abfallentsorgung.

Die Ziele der TA Siedlungsabfall sind völlig unstrittig, so Herr Boller, lediglich im Verfahren ergeben sich Fragen. So ist z. B. die Herstellung und Verwertung von Trockenstabilat mit einem Kostenfaktor verbunden, der nicht unberücksichtigt bleiben darf. Ziel sollte es auf jeden Fall sein, Mülltourismus zu vermeiden und die Vor- und Nachteile der verschiedenen Entsorgungsformen genau zu betrachten.

### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die der Vorlage als Anlage 2 beigefügte 8. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Siegen über die Abfallbeseitigungsgebühren vom 30.12.1980 in der Fassung der 7. Änderungssatzung vom 22.11.2000 unter dem Vorbehalt eines entsprechenden Beschlusses des Kreistages.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (Gegenstimmen F.D.P.), 0 Enthaltungen**

**23. Rat 28.11.2001**

- 25. Satzung der Stadt Siegen über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 05.01.1989 in der Fassung der 8. Änderungssatzung vom 21.03.2001;  
hier: 9. Änderungssatzung**

Vorlagenr. 1465/2001 - Vorlage vom 09.10.2001

Herr Brune weist darauf hin, dass in Anlage 3 der Vorlage unter III auf Seite 2 ein Übertragungsfehler entstanden ist. Die Straßenreinigung auf Fahrbahn und Gehweg auf dem Lindenplatz (Straßenschlüssel 6226) wird durch die Stadt geleistet. Er bittet, die Tabelle entsprechend zu korrigieren.

### **Beschluss (mit Änderung):**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die der Vorlage als Anlage 3 beigefügte 9. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Siegen über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 05.01.1989 in der Fassung der 8. Änderungssatzung vom 21.03.2001 unter Berücksichtigung folgender Korrektur in Anlage III:

In den Spalten "Übertragung der Reinigungspflicht a. d. Grundstückseigentümer (§ 2) - Fahrbahnreinigung, Gehweg" werden bei der Straße "Lindenplatz" (Schl. 6226) die X gestrichen.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**23. Rat 28.11.2001**

**26. Ausschussneubesetzungen**

**26.1. Ausschussneubesetzungen**

**- Verkehrsausschuss**

**- Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften**

Vorlagenr. 1541/2001 - Vorlage vom 13.11.2001

Herr Groß bittet, für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgende Neubesetzung zu ergänzen:

Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie

- Herrn Ralf Kubosch als stellvertretendes Mitglied an Stelle von Herrn Axel Boldt

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen wählt

- a) Herrn Karl Hermann Meiswinkel als stellvertretendes beratendes Mitglied in den Verkehrsausschuss und
- b) Herrn Henning Schlabach als stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften.
- c) Herrn Ralf Kubosch als stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**23. Rat 28.11.2001**

**26.2. Ausschussneubesetzung  
- Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie**

Vorlagenr. 1553/2001 - Vorlage vom 14.11.2001

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen wählt

- a) Herrn Wolfgang Vetter als ordentliches Mitglied sowie
  - b) Herrn Hermann Hadem als stellvertretendes Mitglied
- in den Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**23. Rat 28.11.2001**